

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 26.06.2022)

Titel: **Kommunalen Ordnungsdienst sinnvoll einsetzen und Polizei entlasten**

Text

1 Es gibt eine klare Trennung der Zuständigkeiten zwischen Polizei und
2 Ordnungsbehörde (Ordnungsamt). Diese unterstützen wir vollumfänglich. Aus diesem
3 Grund standen und stehen wir dem Kommunale Ordnungsdienst (KOD) konstruktiv-
4 kritisch gegenüber, da die Sorge besteht, dass diese Trennung verwischt werden
5 könnte.

6 Die Praxis hat gezeigt, wie wichtig es ist, die Zuständigkeiten klar
7 abzugrenzen. Für alle Bürger*innen muss klar erkennbar sein, welche Aufgaben von
8 wem übernommen werden. Der KOD übernimmt Aufgaben der Ordnungsbehörde und
9 entlastet damit die Polizei. Hierzu gehören beispielsweise die Überwachung des
10 ruhenden Verkehrs oder aber die Einhaltung von innerstädtischen Regelungen.
11 Damit kann die Polizei ihre eigentlichen Aufgaben, die Kriminalitätsbekämpfung
12 und die Verkehrssicherheitsarbeit, wahrnehmen. Gleichzeitig hat die Erfahrung
13 gezeigt, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen von KOD und Polizei ist – wie zum
14 Beispiel bei Gaststättenkontrollen oder auf der Kieler Woche. Wir fordern daher,
15 dass die Ausbildung des KOD weiterhin auf hohem Niveau bleibt, es keine
16 Ausweitung von Befugnissen für den KOD gibt, keine Ausstattung mit Waffen und
17 dass es zukünftig eine stärkere äußerliche Abgrenzung von der Polizei gibt. Das
18 heißt konkret: Sollten neue Uniformen und Fahrzeuge angeschafft werden, sollen
19 diese nicht aussehen wie die der Polizei.

20 Wir begrüßen, dass die Kieler Polizei die erste Fahrradstaffel in Schleswig-
21 Holstein einsetzt und halten diese Initiative für ein wichtiges Element einer
22 Bürger*innenpolizei. Wir möchten die Polizeidirektion Kiel unterstützen, die
23 Fahrradstreife weiter auszubauen. Auf diese Art kann es gelingen, für die

24 Perspektive des Radverkehrs zu sensibilisieren.

25 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung den Kauf und Verkauf von
26 Cannabisprodukten legalisieren möchte. Daher wollen wir, dass die Stadt Kiel
27 sich auf Cannabismodellprojekte bewirbt, sollten noch welche vor oder im Zuge
28 der Legalisierung durch die Bundesregierung aufgestellt werden.